



Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld

«Postalische_Adresse»

→ **Anlagenreferat**

Bearb.: Mag. Stefan Koller
Tel.: +43 (3332) 606-220
Fax: +43 (3332) 606-550
E-Mail: bhhf-anlagenreferat@stmk.gv.at

**Bei Antwortschreiben bitte
Geschäftszeichen (GZ) anführen**

GZ: BHHF-147802/2025-11

Hartberg, am 10.04.2026

Ggst.: Buchegger Friedrich und Claudia,
Zeil-Pöllau 88, 8225 Pöllauberg,
Errichtung Bewässerungsteich auf Gst.Nr. 737/1, KG Zeil-Pöllau;

Öffentliche Kundmachung
einer mündlichen Verhandlung am
Montag, dem 04.05.2026 um 09:00 Uhr.

Treffpunkt der Verhandlungsteilnehmer: an Ort und Stelle

Herr Friedrich und Frau Claudia Buchegger haben folgende Ansuchen bei der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld gestellt:

I. Wasserrechtliche Bewilligung

– zur Wasserentnahme aus dem öffentlichen Wassergut, Kapellenbach und Drainagen

Betroffene Gst.Nr.: 737/1, 737/2, 739, 781/1, 782, 783, 784, 785, 786/4, 786/6, 1059, KG. Zeil-Pöllau,
Gemeinde Pöllauberg

Zweck der Anlage: Errichtung Bewässerungsteich zur Bewässerung und Frostberegnung

Maß der Wasserbenutzung: ist in der Verhandlung festzulegen

Rechtsgrundlagen:

⇒ Wasserrechtsgesetz - WRG 1959, BGBl.Nr. 215/1959, i.d.g.F.:
§§ 9 (1), (2), 11, 12, 13, 21 (1), (3), (4), (5)

II. Naturschutzrechtliche Bewilligung

- für die Errichtung eines Speicherteichs auf den Gst.Nr. 737/1, 737/2, 739, 781/1, 782, 783, 784, 785, 786/4, 786/6, 1059, KG. Zeil-Pöllau, Gemeinde Pöllauberg

Rechtsgrundlagen:

⇒ Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017, LGBl.Nr. 71/2017, i.d.g.F.: §§ 2, 3, 5, 8, 9, 28

III. Rodungsbewilligung

Grundstück Nr.	KG.	dauernde Rodung in m²
737/1	Zeil-Pöllau	380
786/6		120
781/1		480

Rodungszweck: Errichtung eines Bewässerungsteiches

Rechtsgrundlagen:

⇒ Forstgesetz 1975, BGBl. Nr.440/1975, i.d.F. BGBl.I Nr.56/2016:
§§ 14, 17, 18, 19, 170;

Sonstige Rechtsgrundlagen:

⇒ Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz - AVG 1991, BGBl.Nr. 51/1991, i.d.g.F.:
§§ 40 bis 44 und 54

Hinweise:

Sie können an dieser Verhandlung teilnehmen, eine Verpflichtung dazu besteht jedoch nicht.

Zweck der Verhandlung ist es festzustellen, ob und in welcher Form das vom Antragsteller eingereichte Projekt behördlich genehmigt wird.

Wenn Sie glauben, durch dieses Projekt in einer Ihrer **Schutzinteressen** beeinträchtigt zu sein, ist es für Sie wichtig, dass Sie rechtzeitig Ihre **Einwendungen** dagegen erheben.

Schutzinteressen sind:

Im Wasserrechtsverfahren:

- Bestehende Wasserbenutzungsrechte
- Grundeigentum und dingliche Rechte

Im Naturschutzverfahren:

- Der Naturhaushalt in seinem Wirkungsgefüge
- Der Landschaftscharakter
- Das Landschaftsbild

Im forstrechtlichen Verfahren:

- Grundeigentum an der Rodefläche
- Benachbartes Waldeigentum (Deckungsschutz)

Einwendungen müssen entweder bei der Augenscheinsverhandlung mündlich erhoben werden, oder müssen, wenn sie schriftlich verfasst werden, spätestens am Tag **vor der Verhandlung während der Amtsstunden** bei der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld einlangen. Wenn Sie keine Einwendungen erheben, verlieren Sie die Parteistellung.

Bitte beachten Sie, dass Sie sich in der mündlichen Verhandlung nachträgliche Einwendungen nicht vorbehalten können (§ 42 AVG 1991).

Sie können sich in diesem Verfahren auch vertreten lassen. Ihr **Vertreter** muss dazu von Ihnen **bevollmächtigt** werden.

Das ist nicht erforderlich bei:

- ⇒ Rechtsanwälten und Notaren,
- ⇒ amtsbekannten Familienmitgliedern oder Mitarbeitern.

Bitte bringen Sie Ihre Kundmachung als Nachweis mit.

In die Projektsunterlagen kann bis zum Tag vor der Verhandlung während der Zeiten des Parteienverkehrs (Montag bis Freitag von 08.00 bis 12.30 Uhr) bei der Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld Einsicht genommen werden.

Als Antragsteller beachten Sie bitte, dass die Verhandlung in Ihrer Abwesenheit durchgeführt oder auf Ihre Kosten vertagt werden kann, wenn Sie die Verhandlung versäumen (Ihr Vertreter diese versäumt). Wenn Sie aus wichtigen Gründen - z.B. Krankheit oder Urlaubsreise - nicht kommen können, teilen Sie uns dies sofort mit, damit wir allenfalls den Termin verschieben können.

Bei geringfügigen Grundinanspruchnahmen würden **im Wasserrechtsverfahren** die erforderlichen Dienstbarkeiten eingeräumt werden, wenn dagegen keine Einwendungen erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Die Bezirkshauptfrau i.V.

Mag. Stefan Koller
(elektronisch gefertigt)